

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach
BBPIG-Vorhaben 4, HGÜ-Verbindung Wilster - Berg Rheinfeld/West
Leitung-Nr.: LH-16-10001 / LH-16-10002

Vorhabenträger:



Ersteller:

ILF Beratende Ingenieure GmbH
Werner-Eckert-Str. 7
81829 München



Dokumentenzahl Nr.: A100-ILF-002042

Planfeststellung

**Planfeststellungsabschnitt A2
von km 0+000 bis 8+589**

Unterlagen nach § 21 NABEG

DECKBLATT II

**Teil K04
Naturschutzrechtliche
Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen**

00	28.06.2022	Unterlage nach § 21 NABEG	Eßer	Kerndter	Rieder
01	11.05.2023	Deckblatt II	le Grand	Kerndter	Pfeiffer
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Tabellenverzeichnis.....	3
Abkürzungsverzeichnis	3
1 Einleitung	4
1.1 SuedLink.....	4
1.2 Einordnung der Unterlage.....	4
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	4
1.4 Artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen	4
1.4.1 Rechtliche Grundlagen	4
1.4.2 Konfliktbeschreibung.....	5
1.5 Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen von Erklärungen zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft gemäß §§ 23-29 BNatSchG	5
1.5.1 Rechtliche Grundlagen	5
1.5.2 Naturschutzgebiet „Elbe und Inseln“	6
1.5.2.1 Konfliktbeschreibung	7
1.5.2.2 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen	9
1.5.2.3 Fazit.....	10
1.6 Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope	10 11
1.6.1 Rechtliche Grundlagen	10 11
1.6.2 Naturnahes lineares Gewässer mit Röhrichten (FLr).....	11
1.6.2.1 Konfliktbeschreibung	11
1.6.2.2 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen	11
1.6.2.3 Fazit.....	12
1.6.3 Mesophiles Grünland frischer Standorte/ Landesschutzdeich (GMm/XDI).....	12
1.6.3.1 Konfliktbeschreibung	12
1.6.3.2 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen	12 13
1.6.3.3 Fazit.....	13 14
1.6.4 Schilf-, Rohrkolben-, Teichsimen-Röhricht (NRs)	13 14
1.6.4.1 Konfliktbeschreibung	13 14
1.6.4.2 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen	14
1.6.4.3 Fazit.....	14 15
1.6.5 Sonstiges mesophiles Grünland (GMS).....	15
1.6.5.1 Konfliktbeschreibung	15
1.6.5.2 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen	15
1.6.5.3 Fazit.....	16

1.6.6	Halbruderaler Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte (UHM).....	16
1.6.6.1	Konfliktbeschreibung	16
1.6.6.2	Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen	16 17
1.6.6.3	Fazit.....	17
1.6.7	Zusammenfassung	18
1.7	Ausnahmegenehmigungen vom Verbot des § 61 Abs. 1 BNatSchG.....	19
1.7.1	Rechtliche Grundlagen	19
1.7.2	Uferzone Bundeswasserstraße Elbe	20
1.7.2.1	Konfliktbeschreibung	20
1.7.2.2	Darlegung der Ausnahmeveraussetzungen	20
1.7.2.3	Fazit.....	20
1.7.3	Uferzone Wischhafener Süderelbe (Gewässer erster Ordnung)	20
1.7.3.1	Konfliktbeschreibung	20
1.7.3.2	Darlegung der Ausnahmeveraussetzungen	21
1.7.3.3	Fazit.....	21
1.8	Literatur- und Quellenverzeichnis	22

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zusammenfassung der erforderlichen Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotop in Schleswig-Holstein 18

Tabelle 2: Zusammenfassung der erforderlichen Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotop in Niedersachsen 19

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
HDD	Horizontal Directional Drilling (Horizontalspülbohrverfahren)
LKN.SH	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein
LNatSchG	Landesnaturerschutzgesetz (Schleswig-Holstein)
MThW	Mittleres Tidehochwasser
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
NAGBNatSchG	Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz
PFA	Planfeststellungsabschnitt
PFU	Planfeststellungsunterlagen

1 Einleitung

1.1 SuedLink

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, das als Erdkabelverbindung geplant wird. SuedLink besteht aus je einer Verbindung zwischen Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg (diese Verbindung wird in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als „Vorhaben Nr. 3“ geführt) sowie zwischen Wilster in Schleswig-Holstein und Bergrheinfeld/West in Bayern (diese Verbindung wird in der Anlage zum BBPlG als „Vorhaben Nr. 4“ geführt). Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben im Bereich der Stammstrecke verfahrensrechtlich verbunden. SuedLink ist in 15 Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Die gegenständliche Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen gem. § 21 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt A2.

Für weitergehende Informationen zu SuedLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 0 ff. im Teil A01 der Unterlagen gem. § 21 NABEG verwiesen.

1.2 Einordnung der Unterlage

Das vorliegende Dokument „Teil K04 – Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen“ ist Bestandteil der Unterlagen für die Einreichung des Plans und der Unterlagen gem. § 21 NABEG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt A2.

1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokuments „Teil K04 – Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen“ ist die Beschreibung der Voraussetzungen, auf deren Grundlage naturschutzrechtliche Ausnahmen oder Befreiungen für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt A2 zugelassen werden können. Die in diesem Zusammenhang erforderlichen Zulassungsentscheidungen ergehen nicht gesondert, sondern werden von der Planfeststellung einkonzentriert.

1.4 Artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen

1.4.1 Rechtliche Grundlagen

Die in § 44 Abs. 1 BNatSchG formulierten Zugriffsverbote

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören

sind unter Maßgabe des § 44 Abs. 5 BNatSchG zu beachten (vgl. Teil H Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag). Sie gelten bei nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffsvorhaben für in Anhang IV der FFH-RL aufgeführte Arten und europäische Vogelarten (in Europa natürlich vorkommende Vogelarten im Sinne des Artikels 1 der VSch-RL) oder solcher Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind.

Gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG können im Einzelfall (u.a.) aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art (§ 45 Abs. 7 Nr. 5 BNatSchG) Ausnahmen von den Verboten des § 44 BNatSchG zugelassen werden.

Eine Ausnahme darf gemäß § 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG jedoch nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG weiter gehende Anforderungen enthält.

1.4.2 Konfliktbeschreibung

Die Prüfung auf Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG innerhalb Teil H Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag hat ergeben, dass sich unter Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen ein verbotsrelevantes Risiko für sämtliche artenschutzrechtlich relevanten Arten ausschließen lässt, d.h. durch die bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkungen von SuedLink werden im Planfeststellungsabschnitt A2 nach den zu Grunde zu legenden Maßstäben keine Zugriffsverbote gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG verwirklicht.

Die Beantragung einer Ausnahme ist daher nicht erforderlich.

1.5 Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen von Erklärungen zu geschützten Teilen von Natur und Landschaft gemäß §§ 23-29 BNatSchG

1.5.1 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 22 BNatSchG erfolgt die Unterschutzstellung von Teilen von Natur und Landschaft (§§ 23-29 BNatSchG) durch Erklärung. Die Erklärung bestimmt den Schutzgegenstand, den Schutzzweck, die zur Erreichung des Schutzzwecks notwendigen Gebote und Verbote, und, soweit erforderlich, die Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen oder enthält die erforderlichen Ermächtigungen hierzu.

Neben den in den Erklärungen geltenden Ausnahme- und Befreiungsregelungen, die bei Notwendigkeit im Folgenden für die im Planfeststellungsabschnitt A2 geschützten Teile von Natur und Landschaft erläutert werden, kann darüber hinaus gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG in atypischen Einzelfällen auf Antrag Befreiung von den Geboten und Verboten u.a. der §§ 23-29 BNatSchG oder nach dem Naturschutzrecht der Länder gewährt werden, wenn

1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

1.5.2 Naturschutzgebiet „Elbe und Inseln“

Das am 21. Dezember 2018 neu ausgewiesene Naturschutzgebiet liegt innerhalb des Untersuchungsraums in Niedersachsen zwischen km 4+900 und km 7+400 und umfasst u.a. das frühere NSG „Allwördener Außendeich/Brammersand“ (LÜ 48), welches im NSG „Elbe und Inseln“ aufgegangen ist. Das NSG liegt vollständig im FFH-Gebiet „Unterelbe“. Das Gebiet ist ebenfalls in einer Größe von ca. 5.133 ha Bestandteil des EU-Vogelschutzgebietes „Unterelbe“. Das NSG hat eine Größe von insgesamt ca. 7.667 ha und besteht zu ca. 6.110 ha aus Wasser- und Wattflächen.

Allgemeiner Schutzzweck für das NSG ist nach Maßgabe der §§ 23 Abs. 1 und 32 Abs. 3 BNatSchG i. V. m. § 16 NAGBNatSchG die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Lebensstätten, Biotopen und Lebensgemeinschaften, in der Verordnung über das Naturschutzgebiet näher bestimmter wild lebender, schutzbedürftiger Tier- und Pflanzenarten und der Schutz von Natur und Landschaft wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart und hervorragenden Schönheit. Als Bestandteil des Biotopverbundes gemäß § 21 BNatSchG dient es zudem der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen.

Das NSG ist Teil des kohärenten europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“; die Unterschutzstellung des NSG „Elbe und Inseln“ als Teilgebiet des FFH-Gebietes „Unterelbe“ und des Europäischen Vogelschutzgebietes „Unterelbe“ trägt dazu bei, den günstigen Erhaltungszustand der Lebensraumtypen und Arten im FFH-Gebiet und der wertbestimmenden und weiteren maßgeblichen Vogelarten im Europäischen Vogelschutzgebiet insgesamt zu erhalten und wiederherzustellen.

Die Erklärung zum NSG bezweckt des Weiteren:

1. Erhaltung und Wiederherstellung der funktionalen Beziehungen der Watt- und Wasserflächen zu den angrenzenden tidegeprägten Vorlandbereichen,
2. Erhaltung und Wiederherstellung der ökologischen Verbindungsfunktion zwischen dem Wattenmeer, der tidebeeinflussten Unterelbe und den Elbnebenflüssen,
3. Erhaltung und Wiederherstellung der Eignung als Laich-, Aufwuchs- und Nahrungsgebiet der ästuartypischen Fischarten wie z. B. die Finte (*Alosa fallax*) sowie als (Teil-)Lebensraum aquatischer Lebensgemeinschaften,
4. Erhaltung und Wiederherstellung der Bedeutung der Watt- und Wasserflächen als Nahrungs-, Aufzucht-, Sammlungs- und Mausergebiet für zahlreiche Gänse, Schwäne, Enten, Säger, Taucher, Rallen, Limikolen, Möwen und Seeschwalben, als Brutgebiet für Röhrichtbrüter, sowie Erhaltung ungehinderter Wechselmöglichkeiten in angrenzende Teillebensräume (Vorländer, Marschen),
5. Erhaltung und Wiederherstellung der Eignung als (Teil-)Lebensraum für Seehund und Schweinswal,
6. Förderung von Lebensraumtypen oder Arten, wie z.B. des Störs (*Acipenser sturio*), die zum Zeitpunkt der Unterschutzstellung keine signifikanten Vorkommen im Schutzgebiet aufweisen, jedoch als natürliche und wesentliche Bestandteile des Elbeästuars anzusehen sind und nach ihrer Wiedereinwanderung zusammen mit diesem zu schützen sind,
7. die Erhaltung und Wiederherstellung der Eignung als Aufwuchs- und Nahrungshabitat für den Europäischen Aal (*Anguilla Anguilla*),
8. den Schutz und die Entwicklung großer unzerschnittener und weitgehend störungsfreier Lebensräume,
9. die Erhaltung und Förderung der besonderen Eigenart und Schönheit des Gebietes sowie seiner weitgehenden Ruhe und Ungestörtheit,

10. die Bewahrung der Landschaft zur wissenschaftlichen Dokumentation und Erforschung naturnaher und natürlicher Fluss- bzw. Ästuarökosysteme
11. die Erhaltung und Entwicklung des Gebietes mit seiner besonderen Bedeutung für den Feuchtbiotopverbund,
12. die Erhaltung und Entwicklung der durch Trockenheit und Wärme geprägten Sonderstandorte und der darauf spezialisierten Lebensgemeinschaften auf den Elbinseln Lühesand, Schwarztonnensand, Hanksalbsand und Neßsand,
13. die Sicherstellung des Zusammenhangs des Europäischen ökologischen Netzes Natura 2000 als Kompensation für Flächenverluste in dem durch die EU-Kommission festgelegten Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung (GGB) „Mühlenberger Loch /Neßsand“ (EU-Code DE 2424-302) und in dem Europäischen Vogelschutzgebiet „Mühlenberger Loch“ (EU-Code DE 2424-401) auf dem Landesgebiet der Freien und Hansestadt Hamburg,
14. die Pflege und Entwicklung der „Pionierinsel“ als bedeutenden Brutplatz der Schwarzkopfmöwe,
15. die Erhaltung und Entwicklung des Lebensraumes für den Seeadler (*Haliaeetus albicilla*),
16. die Sicherstellung der großräumigen Zugbewegungen der wandernden Fledermausarten an der Unterelbe, wie z. B. die Rauhautfledermaus (*Pipistrellus nathusii*).

1.5.2.1 Konfliktbeschreibung

Gemäß § 23 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des NSG oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können.

Gemäß § 3 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung vom 10.12.2018 sind im Schutzgebiet insbesondere u.a. folgende Handlungen verboten

1. die Ruhe der Natur durch Lärm oder auf andere Weise zu stören,
[...]
9. Bodenbestandteile abzubauen, Aufschüttungen, Auf- oder Abspülungen oder Abgrabungen vorzunehmen,
10. Bohrungen aller Art niederzubringen [...],
11. Leitungen jeder Art zu verlegen [...],
12. [...] Maßnahmen durchzuführen, die den Wasserstand oder den Wasserabfluss oder die Fließgeschwindigkeit sowie die natürlichen Tide-, Strömungs- und Transportprozesse nicht nur unerheblich verändern, Stoffe einzubringen, einzuleiten, zu entnehmen oder andere Maßnahmen vorzunehmen, die geeignet sind, die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit der Gewässer nachteilig zu verändern,
[...]
14. Abwässer in die vorhandenen Wasserläufe oder Wasserflächen einzuleiten oder im Boden zu versickern,
[...]
24. bauliche Anlagen aller Art zu errichten [...],
[...].

Gemäß § 3 Abs. 2 der Schutzgebietsverordnung darf das Naturschutzgebiet zudem außerhalb der befestigten und der vor Ort besonders gekennzeichneten Wege nicht

betreten, befahren oder auf sonstige Weise aufgesucht werden, soweit es nicht in § 4 der Verordnung (Freistellungen) anders bestimmt ist.

Das Querungsbauwerk ElbX wird unterhalb der Elbe und damit aber innerhalb der Schutzgebietsgrenzen des Naturschutzgebiets „Elbe und Inseln“ errichtet. Aufgrund der vollständigen Untertunnelung und ausreichendem Abstand der oberirdischen Schachtbauwerke zu den Schutzgebietsgrenzen können Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebiets oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen könnten, ausgeschlossen werden. Allerdings verstößt das Vorhaben gegen die oben aufgeführten Verbote Nr. 10, Nr. 11 und Nr. 24 der Schutzgebietsverordnung, so dass die Notwendigkeit einer Befreiung nach § 67 BNatSchG i.V.m. § 41 NAGBNatSchG besteht und beantragt wird.

Zusätzlich ist ~~im~~ für die Errichtung des Querungsbauwerks ElbX eine Prozesswassereinleitung im Bereich der Wischhafener Süderelbe südöstlich der Glückstädter Straße ~~für die Errichtung des Querungsbauwerks ElbX~~ vorgesehen (vgl. Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan, Anlage 01 Maßnahmenplan Blatt Nr. 06).

Die Einleitung erfolgt über eine Druckrohrleitung, welche binnenseits entlang des Landdesschutzdeichs von der Tunnelbaustelle bis zur Uferböschung der Wischhafener Süderelbe nördlich des Sperrwerks Wischhafen führt. Die Prozesswassereinleitung erfolgt am äußersten Rand des Naturschutzgebiets „Elbe und Inseln“. Es handelt sich um eine temporäre und nur für den Zeitraum der Bauausführung (Errichtung des Querungsbauwerks ElbX) benötigte Maßnahme.

Die Druckrohrleitung selbst, welche aus einem schmalen HDPE-Rohr (Rohraußendurchmesser von ca. 22,5 cm) besteht, wird von dem asphaltierten Wohnmobil-Stellplatz „Wischhafen-Fähre“ kommend vollständig außerhalb der Grenzen des Naturschutzgebiets bis zu der angrenzenden, bereits befestigten Uferböschung verlegt und endet in einem Auslaufbauwerk an der oberen Böschungskante. Von der Druckrohrleitung selbst werden keine Verbotstatbestände der Schutzgebietsverordnung erfüllt.

Das Ablaufbauwerk besteht aus einem Druckentlastungsschacht und einem Ablauf als Freispiegelleitung, welcher an der oberen Böschungskante mündet, so dass das Prozesswasser in Vorabstimmung mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Elbe-Nordsee in einer anschließenden Abflusssrinne in die Wischhafener Süderelbe geleitet wird (vgl. Teil L06.5 Prozesswasserbericht ElbX, Abb. 6). Diese Abflusssrinne zwischen Ablauf Freispiegelleitung und der Wischhafener Süderelbe (Höhe MThW+1.55 m) wird aus Wasserbausteinen modelliert, welche mit Fugenguss verklammert werden.

Lediglich diese Rinne führt teilweise (für ca. 2 m) bis in das Naturschutzgebiet hinein.

Durch die Bautätigkeiten (Verlegung der Druckrohrleitung sowie Errichtung des Ablaufbauwerks inklusive Abflusssrinne) ist aufgrund der Kleinräumigkeit sowie der starken Vorbelastung im Umfeld (Wohnmobilstellplatz, Fähranleger mit Parkplätzen, Zubringerstraße, Gebäuden, Sperrwerk u.a.) nicht mit Lärm oder Störung der Ruhe der Natur zu rechnen. Der Betrieb ist geräuschlos. Regelmäßige Kontroll- oder Wartungsarbeiten der Leitung und des Ablaufbauwerks müssen nicht durchgeführt werden. Es erfolgt kein Verstoß gegen das Verbot Nr. 1 gem. § 3 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung.

Im Zuge der Errichtung des Auslaufbauwerks werden weder Bodenbestandteile abgebaut, noch erfolgen Aufschüttungen, Auf- oder Abspülungen, Abgrabungen oder Bohrungen innerhalb des Naturschutzgebiets „Elbe und Inseln“, da die Druckrohrtrasse, der Druckentlastungsschacht sowie die Freispiegelleitung außerhalb des Schutzgebiets verlegt oder errichtet werden. Für die Modellierung der Ablaufrinne

werden keine Bodenbestandteile abgebaut. Es erfolgt kein Verstoß gegen das Verbot Nr. 9 gem. § 3 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung.

Da lediglich die Ablaufrinne in das Naturschutzgebiet reicht, werden dort auch keine Bohrungen niedergebracht oder Leitungen verlegt, so dass keine Verstöße gegen die Verbote Nr. 10 und Nr. 11 gem. § 3 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung erfolgen.

Vor der Wiedereinleitung in die Elbe wird das Prozesswasser aufbereitet und gereinigt, so dass die rechtlichen Vorgaben insbesondere der WRRL eingehalten werden (vgl. Teil J Fachbeitrag EU-Wasserrahmenrichtlinie) und die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit der Wischhafener Süderelbe nicht nachteilig verändert wird. Der Wasserstand, der Wasserabfluss oder die Fließgeschwindigkeit sowie die natürlichen Tide-, Strömungs- und Transportprozesse der Wischhafener Süderelbe werden nicht erheblich verändert. Es erfolgt kein Verstoß gegen das Verbot Nr. 12 gem. § 3 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung.

Bei dem Prozesswasser handelt es sich nicht um Abwasser, da dieses vor Wiedereinleitung in die Elbe aufbereitet und gereinigt wird (vgl. Teil L06.5 Prozesswasserbericht ElbX). Es erfolgt kein Verstoß gegen das Verbot Nr. 14 gem. § 3 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung.

Innerhalb der Grenzen des Naturschutzgebietes „Elbe und Inseln“ ist lediglich mit sehr geringen Bautätigkeiten zu rechnen, die die Modellierung der Ablaufrinne umfassen. Die Ablaufrinne ist jedoch als bauliche Anlage zu verstehen, da diese eine mit dem Erdboden verbundene, aus Bauprodukten hergestellte Anlage ist (vgl. § 2 Abs. 1 NBauO). Zudem muss für die Modellierung ggf. das Schutzgebiet kurzzeitig betreten werden.

Daher wird für die Prozesswassereinleitung in die Wischhafener Süderelbe sowohl eine Befreiung von dem Verbot Nr. 24 gem. § 3 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung „bauliche Anlagen aller Art zu errichten“ als auch von dem Verbot des § 3 Abs. 2 der Schutzgebietsverordnung „das Naturschutzgebiet außerhalb der befestigten und der vor Ort besonders gekennzeichneten Wege betreten, befahren oder auf sonstige Weise aufsuchen“ beantragt.

1.5.2.2 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen

Eine Befreiung zur Realisierung von Plänen oder Projekten kann gemäß § 5 Satz 2 der Schutzgebietsverordnung gewährt werden, wenn sie sich im Rahmen der Prüfung nach § 34 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 26 NAGBNatSchG als mit dem Schutzzweck dieser Verordnung vereinbar erweisen oder die Voraussetzungen des § 34 Abs. 3 bis 6 BNatSchG erfüllt sind.

Diese Prüfung nach § 34 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 26 NAGBNatSchG erfolgt innerhalb des Teil G Natura 2000-Verträglichkeitsprüfungen. Das Vorhaben führt demnach zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen des FFH-Gebiets „Untere Elbe“ (vgl. Teil G, Kap. 5.3) sowie des Europäischen Vogelschutzgebiets „Untere Elbe“ (vgl. Teil G, Kap. 5.4) in ihren für die Erhaltungsziele oder die Schutzzwecke maßgeblichen Bestandteilen. Die Befreiungsvoraussetzung gemäß § 5 Abs. 2 der Schutzgebietsverordnung liegt demnach vor.

Von den oben genannten Verboten kann außerdem gemäß § 5 Satz 1 der Schutzgebietsverordnung die zuständige Naturschutzbehörde nach Maßgabe des § 67 BNatSchG i.V.m. § 41 NAGBNatSchG Befreiung gewähren.

Demnach kann eine Befreiung gewährt werden, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Eine Befreiung von den ~~beiden~~-Verboten der Schutzgebietsverordnung, gegen die durch das Vorhaben verstoßen wird, ist mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar, da ~~das Querungsbauwerk ElbX das gesamte Naturschutzgebiet „Elbe und Inseln“ vollständig untertunnelt und~~ durch die kleinräumige Errichtung der Ablaufrinne am äußersten Rand des Naturschutzgebiets kaum Vorhabenauswirkungen ausgehen. Die Ablaufrinne verläuft in die Wischhafener Süderelbe und somit lediglich für ca. 2 m in das Naturschutzgebiet. Für die Modellierung der Ablaufrinne muss lediglich die bereits befestigte Uferböschung sowie der äußerste Rand des Schutzgebietes kurzzeitig betreten werden. Nach Fertigstellung des Querungsbauwerks ElbX erfolgt ein vollständiger Rückbau der gesamten Druckrohrleitung inklusive Auslaufbauwerk, so dass der bisherige Zustand wiederhergestellt wird. Die Funktionserfüllung des Gebietes „Elbe und Inseln“ bleibt trotz Befreiung unvermindert bestehen.

Die Querung der Elbe ist im Projekt SuedLink unvermeidbar, da ansonsten keine Verbindung zwischen den Netzverknüpfungspunkten in Brunsbüttel und Großgartach (Vorhaben Nr. 3) bzw. Wilster und Bergrehfeld/West (Vorhaben Nr. 4) realisiert werden kann.

Eine Einleitung des Prozesswassers aus dem Baugrubenbau des Querungsbauwerks ElbX in die Wischhafener Süderelbe ist erforderlich und hat sich in einem Alternativenvergleich bezüglich der Umsetzung (Vergleich mit Einleitung in das vorhandene Grabensystem sowie mit einer Flächenverrieselung) als einzig technisch mögliche und seitens der genehmigenden Behörden in Vorabstimmungen als genehmigungsfähig betrachtete Alternative herausgestellt (vgl. Teil L06.5 Prozesswasserbericht ElbX). Eine fehlende Befreiung würde in diesem Einzelfall daher zu einer unzumutbaren Belastung führen.

Die Befreiungsvoraussetzungen des § 67 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG liegen somit vor.

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink zudem ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für die ~~Errichtung des Querungsbauwerks ElbX sowie die~~ Errichtung einer Ablaufrinne zur Einleitung des Prozesswassers aus dem Baugrubenbau des Querungsbauwerks ElbX in die Wischhafener Süderelbe erfasst ~~jeweils~~ einen so nicht vorgesehenen und deshalb singulären Einzelfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG liegen daher zuzätzlich vor.

1.5.2.3 Fazit

Für die ~~Errichtung des Querungsbauwerks ElbX sowie die~~ Errichtung der Ablaufrinne in die Wischhafener Süderelbe innerhalb des Naturschutzgebiets „Elbe und Inseln“ ~~und das damit verbundene notwendige Betreten des Naturschutzgebietes außerhalb der befestigten und der vor Ort besonders gekennzeichneten Wege~~ liegen die Befreiungsvoraussetzungen ~~gemäß § 67 BNatSchG sowie gemäß § 5 der Schutzgebietsverordnung~~ vor.

1.6 Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope

1.6.1 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der dort genannten oder weiterer landesrechtlich geschützter Biotope führen können, verboten.

Gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG kann von dem Verbot des Absatzes 2 auf Antrag eine Ausnahme zugelassen werden, wenn die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden können.

Gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG kann darüber hinaus in atypischen Einzelfällen auf Antrag eine Befreiung von diesem Verbot gewährt werden, wenn

1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

In Schleswig-Holstein gilt gemäß § 21 Abs. 3 LNatSchG, dass eine Ausnahme gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG von dem Verbot des § 30 Abs. 2 BNatSchG nur für stehende Binnengewässer im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG, die Kleingewässer sind, und für Knicks zugelassen werden kann.

In folgenden Fällen muss in Schleswig-Holstein unvermeidbar in gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG i. V. m. § 21 Abs. 1 LNatSchG eingegriffen werden:

1.6.2 Naturnahes lineares Gewässer mit Röhrichten (FLr)

1.6.2.1 Konfliktbeschreibung

Durch den temporären Neubau der Zufahrt R-A2-04-003-V0 zu der HDD-Arbeitsfläche auf Höhe des km 0+980 und die damit verbundene erforderliche temporäre Verrohrung des Grabens südlich der B431 kommt es je nach tatsächlicher Bauausführung zu einer Inanspruchnahme von 42 m² naturnahem linearem Gewässern mit Röhrichten (FLr) (26 m² durch Baustraße geschottert, 16 m² durch Baustraße asphaltiert) [vgl. Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan, Anlage 01 Maßnahmenplan Blatt Nr. 01, hier erfolgt jedoch keine Unterscheidung zwischen einfachem Arbeitsstreifen (Zwischenlagerfläche für Aushubmaterial und Arbeitsuntensilien und mit Lastverteilungsplatten ausgelegte Fahrstreifen) und geschotterte oder asphaltierte Flächen für Bauzufahrten bei z.B. größeren Bohrungen].

Für die Beeinträchtigung des Biotops ist eine Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG notwendig.

1.6.2.2 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung

von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines über-
ragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erfor-
derlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Neubau der Zu-
fahrt erfasst einen so nicht vorgesehenen und deshalb singulären Einzelfall, der sich
vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG liegen somit vor.

Eine fehlende Befreiung im Falle der Zufahrt würde zudem eine deutlich längere, dem
Biotop ausweichende Baustraße zur B431 notwendig machen, was zu einer unzu-
mutbaren Belastung der landwirtschaftlichen Flächen führen würde. Den Gräben ent-
lang der viel befahrenden B431 ist zudem kein besonderes ökologisches Potenzial
zuzusprechen (vgl. Erfassungsbögen der Gewässerstrukturkartierungen Teil L5 Kar-
tierberichte), so dass eine Befreiung mit den Belangen von Naturschutz und Land-
schaftspflege vereinbar ist.

Daher liegt zusätzlich der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG
vor.

Das beanspruchte naturnahe lineare Gewässer mit Röhrichten wird nach Abschluss
der Bauarbeiten (Kabelverlegung) wieder seiner ursprünglichen Nutzung zugeführt
und so weit möglich wiederhergestellt (Entfernung der Zufahrt und Verrohrung). Der
gemäß Eingriffsregelung in Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan ermittelte
Kompensationsbedarf von 16 m² (für Eingriff durch Baustraße geschottert) und 16 m²
(für Eingriff durch Baustraße asphaltiert) wird über das Ökokonto Vaalermoor 10 (Er-
satzmaßnahme E35) abgedeckt. Zur Herleitung des Kompensationsbedarfs wird auf
Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan verwiesen.

1.6.2.3 Fazit

Für die temporäre Inanspruchnahme des naturnahen linearen Gewässers mit Röh-
richten (FLr) liegen die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG vor.

1.6.3 Mesophiles Grünland frischer Standorte/ Landesschutzdeich (GMm/XDI)

1.6.3.1 Konfliktbeschreibung

Die Verlegung der beiden parallel verlaufenden schmalen Druckrohrleitungen (Rohr-
außendurchmesser von jeweils ca. 22,5 cm) für den Prozesswassertransport der Tun-
nelbaustelle ElbX in Schleswig-Holstein erfolgt binnendeichs am Deichfuß des Lan-
desschutzdeichs an der Elbe in Richtung Westen und folgt dann dem Deichverteidi-
gungsweg. Im Bereich des Schöpfwerks Hollerwettern in Schleswig-Holstein wird der
Deich gequert. Die Deichquerung soll unterhalb der Deichtreppe erfolgen, indem die
vorhandene Treppe temporär abgebaut wird und nach Verlegung der Leitung wieder
hergestellt wird. Die Trassenführung kann abschnittsweise in abgedeckter, aufge-
ständerter oder eingegrabener Bauweise realisiert werden und wird in Abhängigkeit
der Randbedingungen im Zuge der Ausführungsplanung festgelegt (vgl. Teil L06.5
Prozesswasserbericht ElbX).

Durch den Leitungsgraben sowie den Arbeitsstreifen für die Verlegung der Druckrohr-
leitungen kommt es am Landesschutzdeich an der Elbe zu einer temporären Inan-
spruchnahme von **905 1.347** m² (Leitungsgraben) sowie **3.096 3.493** m² (Arbeitsstrei-
fen) mesophilem Grünland frischer Standorte (GMm) (vgl. Teil I Landschaftspflegeri-
scher Begleitplan, Anlage 01 Maßnahmenplan Blatt Nr. 03).

Für die Beeinträchtigungen ist eine Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG notwen-
dig.

1.6.3.2 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für die Verlegung der Druckrohrleitungen erfasst einen so nicht vorgesehenen und deshalb singulären Einzelfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG liegen somit vor.

Die Entnahme- und Einleitstelle auf Höhe des Schöpfwerks an der Hollerwettern ist mit dem Wasserstaßen- und Schifffahrtsamt vorabgestimmt. Eine Entnahme sowie Einleitung des Prozesswassers für das Bauvorhaben Querungsbauwerk ElbX aus und in die Elbe ist erforderlich und hat sich in einem Alternativenvergleich bezüglich der Umsetzung (Vergleich mit Entnahme von Trinkwasser, Entnahme und Wiedereinleitung von Wasser aus dem Grabensystem, Entnahme von Grundwasser, Flächenverrieselung) als einzig technisch zielführende Lösung zur Sicherstellung einer kontinuierlichen Wasserversorgung des Tunnelvortriebs in hinreichender Qualität herausgestellt (vgl. Teil L06.5 Prozesswasserbericht ElbX). Zudem verursacht die Einleitung in die Elbe den geringsten baulichen und umwelttechnischen Eingriff unter den untersuchten Möglichkeiten. Eine fehlende Befreiung würde in diesem Einzelfall daher zu einer unzumutbaren Belastung führen.

Die Leitungsführung der parallelen Druckrohrleitungen orientiert sich an den Grundstücksgrenzen, den Wegen sowie den Belangen der Deichbehörde und verbleibt bindendeichs, um den naturschutzfachlich hochwertigen Außendeichbereich an der Elbe nicht in Anspruch zu nehmen. Die flächenmäßige Beeinträchtigung des mesophilen Grünlands, welches im Untersuchungsraum nahezu auf dem gesamten Landschaftsdeichkörper ausgeprägt ist, beschränkt sich auf Höhe der Straße „Hollerwettern“ auf den untersten Bereich des Deichfußes bzw. auf Höhe des westlich anschließenden Deichverteidigungsweges auf den Bereich unmittelbar neben dem Deichverteidigungsweg und somit jeweils auch auf den äußersten Grenzbereich der Biotopflächen (maximal 2.413 m² von insgesamt über 74.000 m² der kartierten Biotopflächen, die Flächen der Biotope (und der Deichkörper) gehen allerdings noch weit über die Flächen hinaus, die kartiert wurden). Eine Befreiung vom Biotopschutz ist im Falle der temporären Verlegung der Druckrohrleitungen mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar.

Daher liegt zusätzlich der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG vor.

Das Grünland wird kurzfristig nach Abschluss der Leitungsverlegung bzw. langfristig nach wieder vollständiger Entfernung der Druckrohrleitungen nach Beendigung der Bauarbeiten am Querungsbauwerk ElbX jeweils wieder seiner ursprünglichen Nutzung zugeführt und so weit möglich wiederhergestellt. Der gemäß Eingriffsregelung in Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan ermittelte Kompensationsbedarf von 905 2.695 m² (Leitungsgraben) sowie 4.238 2.794 m² (Arbeitsstreifen) wird über das Ökokonto Vaalermoor 10 (Ersatzmaßnahme E35) abgedeckt. Zur Herleitung des Kompensationsbedarfs wird auf Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan verwiesen.

1.6.3.3 Fazit

Für die temporäre Inanspruchnahme der mesophilen Grünländer frischer Standorte am Landesschutzdeich (GMm/XDI) liegen die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG vor.

1.6.4 Schilf-, Rohrkolben-, Teichsimsen-Röhricht (NRs)

1.6.4.1 Konfliktbeschreibung

Durch die temporäre Anlage bzw. Verbreiterung und Verstärkung der Zufahrt R-A2-04-008-V0 zu der Arbeitsfläche für die Muffen M-A2-04-001-V3 und M-A2-04-001-V4, den Abspulstandort A-A2-04-001-V0 und die anschließenden HDD-Bohrungen H-A2-04-002-V3 und H-A2-04-002-V4 südlich der B431 auf Höhe von km 0+420 und die damit verbundene erforderliche temporäre Verrohrung des südlich der B431 verlaufenden Grabens kommt es je nach tatsächlicher Bauausführung zu einer Inanspruchnahme von ca. 19 m² Röhricht (NRs) (11 m² durch Baustraße geschottert, 8 m² durch Baustraße asphaltiert) (vgl. Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan, Anlage 01 Maßnahmenplan Blatt Nr. 01).

Für die Beeinträchtigung des Biotops ist eine Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG notwendig.

1.6.4.2 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für den temporären Neubau der Zufahrt erfasst einen so nicht vorgesehenen und deshalb singulären Einzelfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG liegen somit vor.

Die Zufahrt/Zuwegung wird für die Baulogistik benötigt, um auf die gegenüberliegende Gemeindestraße „Beesen“ und die hiervon abzweigende Zufahrt R-A2-04-001-V0 zu gelangen, ohne einen Stau/Blockade auf der B431 oder auf der Gemeindestraße zu verursachen. Auf der Gemeindestraße Beesen ist aufgrund der geringen Breite von nur 3 m lediglich einspuriger Verkehr möglich. Die zusätzliche Behelfszufahrt und -zuwegung dient als Entlastungsmaßnahme und einer Optimierung der Baulogistik für die Zuwegung zur Arbeitsfläche für die HDD-Bohrungen H-A2-04-001-V3 und H-A2-04-001-V4 unterhalb der B431. Auf der Behelfszuwegung können Baufahrzeuge warten, bis die gegenüberliegende Gemeindestraße „Beesen“ sowie die B431 von anderem Verkehr frei ist, bevor sie selbst auf die Gemeindestraße einfahren.

Eine fehlende Befreiung von dem Verbot des § 30 Abs. 2 BNatSchG im Falle der Zufahrt R-A2-04-008-V0 würde während der Bausausführung zu einer unzumutbaren Belastung des durchlaufenden Verkehrs auf beiden Straßen führen. Die flächenmäßige Beeinträchtigung des Biotops ist geringfügig (19 m² von insgesamt 178 m² der Biotopfläche) und beschränkt sich auf den nordwestlichen Grenzbereich, so dass eine Befreiung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

Daher liegt zusätzlich der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG vor.

Das Röhricht wird nach Abschluss der Bauarbeiten soweit möglich wiederhergestellt (Entfernung der Baustraße und Verrohrung). Der gemäß Eingriffsregelung in Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan ermittelte Kompensationsbedarf von 13 m² (für Eingriff durch Baustraße geschottet) und 16 m² (für Eingriff durch Baustraße asphaltiert) wird über das Ökokonto Vaalermoor 10 (Ersatzmaßnahme E35) abgedeckt. Zur Herleitung des Kompensationsbedarfs wird auf Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan verwiesen.

1.6.4.3 Fazit

Für die temporäre Inanspruchnahme des Schilf-, Rohrkolben-, Teichsimsen-Röhrichts (NRs) liegen die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG vor.

In folgenden Fällen muss in Niedersachsen unvermeidbar in gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG i. V. m. § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG eingegriffen werden:

1.6.5 Sonstiges mesophiles Grünland (GMS)

1.6.5.1 Konfliktbeschreibung

Die Verlegung der einzelnen schmalen Druckrohrleitung (Rohraußendurchmesser von ca. 22,5 cm) für den Prozesswassertransport der Tunnelbaustelle ElbX in Niedersachsen erfolgt binnendeichs landseitig des Deichverteidigungswegs des Landes-schutzdeichs an der Elbe in Richtung Südosten bis zur Wischhafener Süderelbe. Ca. 340 m nördlich der Glückstädter Straße unterquert die Leitung den Deich und folgt dem elbseitigen Verteidigungsweg bis zur Glückstädter Straße.

Dabei kommt es durch den Leitungsgraben sowie den Arbeitsstreifen für die Verlegung der Druckrohrleitung in diesem Bereich zu einer temporären Inanspruchnahme von 300 m² (Leitungsgraben) sowie 1.770 m² (Arbeitsstreifen) sonstigem mesophilem Grünland (GMS) (vgl. Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan, Anlage 01 Maßnahmenplan Blatt Nr. 05 und Nr. 06).

Für die Beeinträchtigungen ist eine Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG notwendig.

1.6.5.2 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines über-ragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für die Verlegung der Druckrohrleitung erfasst einen so nicht vorgesehenen und deshalb singulären Einzelfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG liegen somit vor.

Eine Einleitung des Prozesswassers aus dem Baugrubenbau des Querungsbauwerks ElbX in die Wischhafener Süderelbe ist erforderlich und hat sich in einem Alternativenvergleich bezüglich der Umsetzung (Vergleich mit Einleitung in das vorhandene Grabensystem sowie mit einer Flächenverrieselung) als einzig technisch mögliche

und seitens der genehmigenden Behörden in Vorabstimmungen als genehmigungsfähig betrachtete Alternative herausgestellt (vgl. Teil L06.5 Prozesswasserbericht ElbX). Eine fehlende Befreiung vom Biotopschutz für die Verlegung der Druckrohrleitung würde in diesem Einzelfall daher zu einer unzumutbaren Belastung führen.

Die Druckrohrleitung wird nahezu vollständig an der Landseite des Deichverteidigungswegs verlegt, so dass lediglich sehr kleine Bereiche des mesophilen Grünlands am Deichfuß durch die Breite des Arbeitsstreifens in Anspruch genommen werden. Erst nach der notwendigen Deichunterquerung nördlich der Glückstädter Straße wird weiteres mesophiles Grünland auch durch die Leitungsverlegung selbst beeinträchtigt, da die Leitungsführung zur Vermeidung der Inanspruchnahme des naturschutzfachlich hochwertigen und geschützten Außendeichbereichs und der hier ausgeprägten FFH-Lebensraumtypen zur Elbe hin am Deichfuß erfolgt.

Die flächenmäßige Beeinträchtigung des mesophilen Grünlands, welches im Untersuchungsraum nahezu auf dem gesamten Landesschutzdeichkörper ausgeprägt ist, beschränkt sich jeweils auf den untersten Bereich des Deichfußes und somit jeweils auch auf den äußersten Grenzbereich der Biotopflächen. Eine Befreiung vom Biotopschutz ist im Falle der temporären Verlegung der Druckrohrleitung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar.

Daher liegt zusätzlich der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG vor.

Das Grünland wird kurzfristig nach Abschluss der Leitungsverlegung bzw. langfristig nach wieder vollständiger Entfernung der Druckrohrleitung nach Beendigung der Bauarbeiten am Querungsbauwerk ElbX jeweils wieder seiner ursprünglichen Nutzung zugeführt und so weit möglich wiederhergestellt. Der gemäß Eingriffsregelung in Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan ermittelte Kompensationsbedarf von 601 m² (Leitungsgraben) sowie 3.540 m² (Arbeitsstreifen) wird über das Ökokonto Maßnahmenpool Freiburg a. d. Elbe (Ersatzmaßnahme E36) abgedeckt. Zur Herleitung des Kompensationsbedarfs wird auf Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan verwiesen.

1.6.5.3 Fazit

Für die temporäre Inanspruchnahme des sonstigen mesophilen Grünlands (GMS) liegen die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG vor.

1.6.6 Halbruderales Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte (UHM)

1.6.6.1 Konfliktbeschreibung

Die Verlegung der einzelnen schmalen Druckrohrleitung (Rohraußendurchmesser von ca. 22,5 cm) für die Prozesswasserableitung der Tunnelbaustelle ElbX in Niedersachsen erfolgt südlich der Glückstädter Straße über den Wohnmobilstellplatz an der Wischhafener Süderelbe bis zur Süderelbe selbst.

Dabei kommt es durch den Leitungsgraben sowie den Arbeitsstreifen für die Verlegung der Druckrohrleitung in diesem Bereich zu einer temporären Inanspruchnahme von 35 m² (Leitungsgraben) sowie 158 m² (Arbeitsstreifen) halbruderaler Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte (UHM) (vgl. Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan, Anlage 01 Maßnahmenplan Blatt Nr. 06).

Für die Beeinträchtigungen ist eine Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG notwendig.

1.6.6.2 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines übertragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die erforderliche Befreiungssituation für die Verlegung der Druckrohrleitung erfasst einen so nicht vorgesehenen und deshalb singulären Einzelfall, der sich vom gesetzlich geregelten Tatbestand durch das Merkmal der Atypik abhebt.

Die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG liegen somit vor.

Eine Einleitung des Prozesswassers aus dem Baugrubenbau des Querungsbauwerks ElbX in die Wischhäfener Süderelbe ist erforderlich und hat sich in einem Alternativenvergleich bezüglich der Umsetzung (Vergleich mit Einleitung in das vorhandene Grabensystem sowie mit einer Flächenverrieselung) als einzig technisch mögliche und seitens der genehmigenden Behörden in Vorabstimmungen als genehmigungsfähig betrachtete Alternative herausgestellt (vgl. Teil L06.5 Prozesswasserbericht ElbX). Eine fehlende Befreiung vom Biotopschutz für die Verlegung der Druckrohrleitung würde in diesem Einzelfall daher zu einer unzumutbaren Belastung führen.

Die flächenmäßige Beeinträchtigung der ruderalen Gras- und Staudenflur beschränkt sich westlich des Wohnmobilstellplatzes auf den äußersten Grenzbereich des Biotops an der Zufahrt, da die Druckrohrleitung zur Erhaltung der Zugänglichkeit des Stellplatzes unmittelbar am Rand der Zufahrt verlegt wird. Im Bereich der Einleitstelle in die Wischhäfener Süderelbe ist auf dem gesamten Böschungshang eine ruderale Gras- und Staudenflur ausgeprägt. Auch hier erfolgt lediglich eine sehr kleinflächige Inanspruchnahme. Der Biotoptyp Ruderalflur ist sehr regenerationsfähig, die Samenbank und die Rhizome sind nur temporär betroffen, so dass Beeinträchtigungen des Erhaltungszustands auszuschließen sind. Eine Befreiung vom Biotopschutz ist im Falle der temporären Verlegung der Druckrohrleitung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar.

Daher liegt zusätzlich der Befreiungstatbestand des § 67 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG vor.

Die Gras- und Staudenflur wird kurzfristig nach Abschluss der Leitungsverlegung bzw. langfristig nach wieder vollständiger Entfernung der Druckrohrleitung nach Beendigung der Bauarbeiten am Querungsbauwerk ElbX jeweils wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt und so weit möglich wiederhergestellt. Der gemäß Eingriffsregelung in Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan ermittelte Kompensationsbedarf von 35 m² (Leitungsgraben) sowie 158 m² (Arbeitsstreifen) wird über das Ökokonto Maßnahmenpool Freiburg a. d. Elbe (Ersatzmaßnahme E36) abgedeckt. Zur Herleitung des Kompensationsbedarfs wird auf Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan verwiesen.

1.6.6.3 Fazit

Für die temporäre Inanspruchnahme der halbruderalen Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte (UHM) liegen die Befreiungsvoraussetzungen gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG vor.

1.6.7 Zusammenfassung

Tabelle 1: Zusammenfassung der erforderlichen Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope in Schleswig-Holstein

Biotoptyp	Unvermeidbarer Eingriff erfolgt durch	Fläche [m²]	Kompensationsbedarf* [m²]	Ersatz-Maßnahme	Ausnahme/Befreiung
Arbeitsstreifen Druckrohrleitung					
GMm/XDI	Temporäre Inanspruchnahme durch den Arbeitsstreifen der Druckrohrleitungen	3.096 3.493	4.238 2.794	E35 Ökokonto Vaalermoor 10	Befreiung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG
Leitungsgraben Druckrohrleitung					
GMm/XDI	Temporäre Inanspruchnahme durch den Leitungsgraben der Druckrohrleitungen	905 1.347	905 2.695	E35 Ökokonto Vaalermoor 10	Befreiung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG
Baustraßen geschottert					
FLr	Temporäre Inanspruchnahme für Baustraßen (geschottert)	26	16	E35 Ökokonto Vaalermoor 10	Befreiung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG
NRs	Temporäre Inanspruchnahme für Baustraßen (geschottert)	11	13	E35 Ökokonto Vaalermoor 10	Befreiung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG
Baustraßen asphaltiert					
FLr	Temporäre Inanspruchnahme für Baustraßen (asphaltiert)	16	16	E35 Ökokonto Vaalermoor 10	Befreiung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG
NRs	Temporäre Inanspruchnahme für Baustraßen (asphaltiert)	8	16	E35 Ökokonto Vaalermoor 10	Befreiung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG

*nach Wiederherstellung, gemäß Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan

Tabelle 2: Zusammenfassung der erforderlichen Befreiungen für die Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope in Niedersachsen

Biotoptyp	Unvermeidbarer Eingriff erfolgt durch	Fläche [m ²]	Kompensationsbedarf* [m ²]	Ersatzmaßnahme	Ausnahme/Befreiung
Arbeitsstreifen Druckrohrleitung					
GMS	Temporäre Inanspruchnahme durch den Arbeitsstreifen der Druckrohrleitung	1.770	3.540	E36 Ökokonto Maßnahmenpool Freiburg a. d. Elbe	Befreiung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG
UHM	Temporäre Inanspruchnahme durch den Arbeitsstreifen der Druckrohrleitung	158	158	E36 Ökokonto Maßnahmenpool Freiburg a. d. Elbe	Befreiung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG
Leitungsgraben Druckrohrleitung					
GMS	Temporäre Inanspruchnahme durch den Leitungsgraben der Druckrohrleitung	300	601	E36 Ökokonto Maßnahmenpool Freiburg a. d. Elbe	Befreiung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG
UHM	Temporäre Inanspruchnahme durch den Leitungsgraben der Druckrohrleitung	35	35	E36 Ökokonto Maßnahmenpool Freiburg a. d. Elbe	Befreiung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG

*nach Wiederherstellung

1.7 Ausnahmegenehmigungen vom Verbot des § 61 Abs. 1 BNatSchG

1.7.1 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 61 Abs. 1 BNatSchG dürfen im Außenbereich an Bundeswasserstraßen und Gewässern erster Ordnung sowie an stehenden Gewässern mit einer Größe von mehr als 1 Hektar im Abstand bis 50 Meter von der Uferlinie keine baulichen Anlagen errichtet oder wesentlich geändert werden.

Gemäß Abs. 3 kann von dem Verbot des Abs. 1 auf Antrag eine Ausnahme zugelassen werden, wenn

1. die durch die bauliche Anlage entstehenden Beeinträchtigungen des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes, insbesondere im Hinblick auf die Funktion der Gewässer und ihrer Uferzonen, geringfügig sind oder dies durch entsprechende Maßnahmen sichergestellt werden kann oder
2. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, notwendig ist; in diesem Fall gilt § 15 entsprechend.

1.7.2 Uferzone Bundeswasserstraße Elbe

1.7.2.1 Konfliktbeschreibung

Im Bereich des Schöpfwerks Hollerwettern in Schleswig-Holstein wird durch die temporäre Verlegung und Einmündung der beiden parallel verlaufenden schmalen Druckrohrleitungen (Rohraußendurchmesser von jeweils ca. 22,5 cm) für den Prozesswassertransport des Querungsbauwerks ElbX gemäß Definition eine bauliche Anlage innerhalb der 50 m breiten Uferzone der Bundeswasserstraße Elbe errichtet, da diese eine mit dem Erdboden verbundene, aus Bauprodukten hergestellte Anlage ist (vgl. § 2 Abs. 1 LBO) (vgl. Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan, Anlage 01 Maßnahmenplan Blatt Nr. 03).

Hierfür ist eine Ausnahme gemäß § 61 Abs. 3 BNatSchG notwendig.

1.7.2.2 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 zudem die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die Ausnahmevoraussetzungen gemäß § 61 Abs. 3 Satz 2 BNatSchG liegen daher vor.

Zusätzlich liegen die Ausnahmevoraussetzungen gemäß § 61 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG vor, da die Druckwasserleitungen als bauliche Anlagen im Bereich der Uferzone der Bundeswasserstraße Elbe aufgrund der kaum vorhandenen Vorhabenwirkungen nur zu geringfügigen Beeinträchtigungen des Naturhaushalts führen (vgl. u.a. Kapitel 1.6.3). Die Berücksichtigung der Anforderungen des § 15 BNatSchG (Eingriffsregelung) erfolgt innerhalb des Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan. Die schmalen Druckwasserleitungen münden nach Querung des Landesschutzdeichs nahe dem Ufer auf Höhe des Schöpfwerks Hollerwettern in der Elbe (außerhalb der Uferzone). Das Landschaftsbild sowie die Funktion der Elbe als Gewässer und ihrer Uferzone werden nicht beeinträchtigt, da innerhalb der Uferzone lediglich die mit dem LKN.SH und dem Deichverband vorabgestimmte, 1 m tiefe, bauzeitliche Querung des Deichkörpers erfolgt. Die Funktion des Landesschutzdeichs wird bei der bauzeitlichen Querung des Deichkörpers sowie des Deichverteidigungsweges nicht beeinträchtigt (vgl. Teil L06.5 Prozesswasserbericht ElbX).

1.7.2.3 Fazit

Für die temporäre Errichtung der beiden Druckrohrleitungen als bauliche Anlage innerhalb der 50 m breiten Uferzone der Bundeswasserstraße Elbe liegen die Ausnahmevoraussetzungen gemäß § 61 Abs. 3 BNatSchG vor.

1.7.3 Uferzone Wischhafener Süderelbe (Gewässer erster Ordnung)

1.7.3.1 Konfliktbeschreibung

Im Bereich der Wischhafener Süderelbe südöstlich der Glückstädter Straße wird durch die temporäre Verlegung und Einmündung der schmalen Druckrohrleitung (Rohraußendurchmesser von jeweils ca. 22,5 cm) für die Prozesswasserableitung vom Querungsbauwerk ElbX per Definition eine bauliche Anlage innerhalb der 50 m breiten Uferzone der Wischhafener Süderelbe (Gewässer erster Ordnung) errichtet,

da diese eine mit dem Erdboden verbundene, aus Bauprodukten hergestellte Anlage ist (vgl. § 2 Abs. 1 NBauO) (vgl. Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan, Anlage 01 Maßnahmenplan Blatt Nr. 06).

Hierfür ist eine Ausnahme gemäß § 61 Abs. 3 BNatSchG notwendig.

1.7.3.2 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Mit der Aufnahme in das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) sowie der Ausweisung als Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) wurden für die Vorhaben Nr. 3 und Nr. 4 zudem die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt, so dass an der Realisierung von SuedLink ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Ferner ist auf § 1 Satz 3 NABEG hinzuweisen, wonach die Realisierung von SuedLink als ein dem NABEG unterfallendes Vorhaben aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist. Die Ausnahmevoraussetzungen gemäß § 61 Abs. 3 Satz 2 BNatSchG liegen daher vor.

Zusätzlich liegen die Ausnahmevoraussetzungen gemäß § 61 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG vor, da die Druckwasserleitung als bauliche Anlage im Bereich der Uferzone der Wischhafener Süderelbe (Gewässer erster Ordnung) aufgrund der kaum vorhandenen Vorhabenwirkungen nur zu geringfügigen Beeinträchtigungen des Naturhaushalts führt (vgl. u.a. Kapitel 1.6.6). Die Berücksichtigung der Anforderungen des § 15 BNatSchG (Eingriffsregelung) erfolgt innerhalb des Teil I Landschaftspflegerischer Begleitplan. Die schmale Druckwasserleitung mündet nach Querung des Wohnmobilstellplatzes als Freispiegelleitung oberhalb der Wischhafener Süderelbe in der Uferböschung (vgl. Teil L06.5 Prozesswasserbericht ElbX, Abbildung 6). Im Böschungshang erfolgt die Modellierung einer schmalen Ablaufrinne aus Wasserbausteinen mit Fugenverguss zur Verklammerung. Die Einleitstelle ist mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Elbe-Nordsee vorabgestimmt.

Das Landschaftsbild sowie die Funktion der Wischhafener Süderelbe als Gewässer und ihrer Uferzone werden nicht beeinträchtigt. Im Verlegungsbereich oberhalb der Böschung ist die Uferzone durch den teilweise befestigten Wohnmobilstellplatz bereits vorbelastet.

1.7.3.3 Fazit

Für die temporäre Errichtung der Druckrohrleitungstrasse als bauliche Anlage innerhalb der 50 m breiten Uferzone der Wischhafener Süderelbe (Gewässer erster Ordnung) liegen die Ausnahmevoraussetzungen gem. § 61 Abs. 3 BNatSchG vor.

1.8 Literatur- und Quellenverzeichnis

BNatSchG Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist

Landesregierung Schleswig-Holstein Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (LBO) vom 22. Januar 2009

Landesregierung Niedersachsen Niedersächsische Bauordnung (NBauO) vom 03. April 2012

Landkreis Stade Verordnung über das Naturschutzgebiet „Elbe und Inseln“ in den Gemeinden Balje, Krummendeich, Wischhafen und dem Flecken Freiburg, Samtgemeinde Nordkehdingen, in der Gemeinde Drochtersen, in der Hansestadt Stade, in den Gemeinden Hollern-Twielenfleth, Steinkirchen und Grünen-deich, Samtgemeinde Lühe, in der Gemeinde Jork, im Landkreis Stade vom 10.12.2018

LNatSchG Gesetz zum Schutz der Natur (Landesnaturschutzgesetz) Schleswig-Holstein vom 24. Februar 2010

NAGBNatSchG Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 19. Februar 2010